

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Inserate  
werden Montags und Donnerstags  
bis Mittags 12 Uhr angenommen.  
Insertionspreis  
10 Pf. pro dreispaltene  
Corpuszeile.

Erscheint  
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags  
und Freitags. — Abonnementpreis  
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post  
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne  
Nummern 10 Pf.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 72. Dienstag, den 6. September 1892.

### Bekanntmachung.

Wittwoch, den 7. September 1892, Vormittags 10 Uhr,

findet im hiesigen Verhandlungsloale öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses Statt.  
Die Tagesordnung ist aus dem Anschläge in hiesiger Hausflur zu ersehen.  
Meissen, am 1. September 1892.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
v. Kirchbach.

Wegen Reinigung der Stadtkämmerei und Sparkassen-Expedition bleibt dieselbe

Wittwoch, den 7. dieses Monats,

geschlossen.  
Wilsdruff, den 5. September 1892.

Der Stadtrath.  
Ficker, Brgmstr.

### Tagesgeschichte.

In Sachen der Einschleppung der Cholera nach Deutschland, die möglicher Weise durch die russischen Juden erfolgt ist, äußert sich die „Neue Bawarische Landes-Zeitung“ sehr sarkastisch, wie folgt: „Die Juden aus Russland haben also laut amtlichen Zugeständnisses die Cholera eingeschleppt. Als deutsche Zeitungen schon vor Jahr und Tag darauf aufmerksam machten, daß die russischen Juden doch nur einen Schmutz, fette . . . lange Fingern und ansteckende Krankheiten mitbringen werden, wurden jene mit lauter „Humanität“ beschriebe oder todtschwiegen! Nun sagt selbst ein Berliner Börsenblatt, die Regierung hätte diese gefährlichen Individuen nicht ins Land hereinlassen sollen. Nu, das Gelernte hätten wir einmal hören mögen! Die preussische und österreichische Regierung müssen aber thun, was die tonangebenden Juden durch ihre Organe angeben. So scheint es wenigstens zu sein. Diese Juden — die Meinung drängt sich immer mehr dem Volke auf — fühlten sich als die eigentlichen Herren und sie wären minder schlau und minder geistig, als es wirklich sind, wenn sie es nicht thun würden. Also hat die preussische Regierung den russischen Juden nicht bloss ein Ein- und Durchzug, sondern dazu auch noch Fahrpreisermäßigung gewährt. Noch vor vier Wochen haben einzelne Zeitungen Angelegenheit der Choleraepidemie die Berliner Regierung mahnt, den russischen Juden den Zutritt zu verbieten. England und Amerika haben noch zur rechten Zeit ihre Klappen geschlossen, in Bayern hat man die Schnorrer schleunigst aufgegriffen und hinausgeschickt, aber das preussische Deutschland gewährt in Ausübung einer Humanität, welche den Söhnen des eigenen Volkes vorenthalten wird, den russischen Juden die weitestgehenden Freiheiten. Jetzt freilich werden diese, da die Cholera nicht mehr vertuscht und abgeleugnet werden kann, entzogen. Die Humanität hat ein Ende, der Kampf um das Leben tritt in seine Rechte. Die Angst vor der Cholera ist eben auch bei den Großen in Preußen doch noch größer als die Liebe zu den Juden.“ Die „Staatsbürger-Zeitung“ wendet die vorstehende und noch eine ähnliche Auslassung über die Durchzüge der Juden durch Charlottenburg und Spandau an und bemerkt dazu: „Auf uns machte die Art der Juden-Verfahren in Charlottenburg und Spandau denselben Eindruck, wie wir vor 22 Jahren hatten, als die Judenmädchen und Judenweiber nach den Bahnhöfen liefen, um mit den gefangenen Franzosen zu liebäugeln und den verwundeten Söhnen des russischen Vaterlandes den Rücken zuzuwenden. Unsere braven Krieger haben dieses frivole Gebahren wenig beachtet, aber vergessen haben sie es nicht, ebenso wenig wie sie vergessen werden, daß es ein Jude war, der durch Lieferung gefälschter und wirkungsloser Medikamente für Kranke und Verwundete ein Vermögen erwarb unbekümmert darum, ob diese die Heimath, für die sie gekämpft und geblutet hatten, wiedersehen oder nicht. Schließlich wird es auch nicht vergessen werden, welches Unheil die Judenschaft und ihre Förderer durch ihren unheilvollen Einfluß auf die Geschichte des Vaterlandes über dasselbe heraufbeschworen haben. Die deutsche Regierung trifft ja energisch alle Maßnahmen, die zur Verhinderung der Verseuchung Deutschlands erforderlich sind, hoffen wir, daß sie endlich auch in der richtigen Erkenntnis der Verderblichkeit des jüdischen Einflusses sich demselben ganz entziehen werde.“

Ueber die neue Militärvorlage wird der in Wien erscheinenden allweltsoffiziösen „Polit. Korresp.“ unterm 28. R. geschrieben: „Die in der letzten Woche über die neue Militärvorlage verbreiteten Nachrichten, namentlich aber die aus denselben gezogenen Schlüsse haben sich in der Haupt- sache als unrichtig erwiesen. Die Vorlage ist im wesentlichen fertiggestellt und wird dem Reichstage zugehen, ob in der bevorstehenden oder erst in der darauffolgenden Session, hängt noch von weiteren Erwägungen ab. Die Behandlung, welche diese Frage in einem großen Theile der Presse erfährt, leidet an dem Fehler, daß man jetzt, wie bei früheren ähnlichen Anlässen, zu sehr geneigt ist, jede Vermehrung der deutschen Wehr-

kraft als von einseitig militärischer Liebhaberei eingegeben zu betrachten und die Regierung von vornherein der mangelnden Rücksichtnahme auf die beschränkten finanziellen Hülfsmittel der Nation zu bezichtigen. In weiterer Folge ergeht man sich dann in Tadel gegen das „freiheitsfeindliche Ueberwuchern des Militarismus“ und die ganze Sache spitzt sich alsdann zu einer großen parlamentarisch-politischen Frage zu, bei der die Opposition sans phrase vielfach als geboten erscheint. Das zeigte sich bei den verschiedenen Septennatsvorlagen, und nur bei der Wehrvorlage im Jahre 1888 zeigte sich eine hochberühmte Einmütigkeit der Parteien. Die Frage der wehrhaften Erhaltung des Deutschen Reiches ist unzweifelhaft eine politische, insofern sie eng mit der auswärtigen Politik zusammenhängt. Und ebenso feststehend ist es für jeden einsichtigen Patrioten, daß es für Deutschland eine absolute Forderung der Selbsterhaltung ist, stets so gerüstet zu sein, um allen auswärtigen Verwicklungen ruhig entgegensehen zu können. Von diesem allen gemeinsamen Gesichtspunkte ist nun die Frage zu prüfen, ob die Heeresmacht Deutschlands in ihrer jetzigen Verfassung genügt, um angesichts der fortwährenden Neuorganisationen und der Verbesserungen des militärischen Apparats unserer gefährlichsten Nachbarn gegenüber allen Eventualitäten gerüstet zu sein. Es ist eine in den letzten Jahrzehnten leider oft genug gewonnene Erfahrung, daß auf dem Gebiet des Heerwesens das für aus- reichend Erkannte in sehr kurzer Zeit antiquirt und unzulänglich erscheint. Diese Fragen können nur vom militärtechnischen Standpunkte aus erschöpfend beantwortet werden, wie sich auch nur von diesem Standpunkte aus feststellen läßt, in welcher Weise eine eventuell als nöthig erkannte Verstärkung erreicht werden kann. Gänzlich falsch ist es, wenn man aus der maßgebenden Bedeutung, die der militärischen Beurtheilung mit Recht beigelegt wird, den Schluß zieht, daß das Recht des Reichstages, bei Militärfragen in verfassungsmäßiger Weise mit zu entscheiden, irgendwie beeinträchtigt werden soll. Das ist bei diesen Fragen ebenso wenig beabsichtigt, wie bei vielen anderen Aufgaben der Gesetzgebung, für welche dem größeren Theile der Abgeordneten das sachliche Verständnis abgeht. Man darf aber wohl verlangen, daß die zur Mitprüfung und Mitentscheidung berufenen Laien die Bedeutung der technischen Gesichtspunkte gegenüber den dem politischen Standpunkte entspringenden Erwägungen nicht unterschätzen. Es ist daher zu wünschen, daß eine Erörterung der einschlagenden Fragen erst dann eintrete, wenn die Militärvorlage eingebracht und in ihren Details bekannt ist. Man darf das Vertrauen hegen, daß die Regierung die neue Vorlage auf das reichlichste erwogen hat und daß neben den militärtechnischen Forderungen die finanziellen Gesichtspunkte ihre volle Berücksichtigung gefunden haben. Die Behauptung, daß man sich gegen die zweijährige Dienstzeit für die dreijährige entschieden habe, ist verkehrt. Wir haben de facto keine dreijährige Dienstzeit; es handelt sich überhaupt nicht um die Frage, ob der Mann 36 oder 24 Monate dient, man hat vielmehr das Minimum der Dienstzeit ausfindig zu machen, bei welcher sich neben möglichst hoher Quantität eine möglichst gute Qualität erzielen läßt. Es ist unmöglich, hier durchgehend nach dem Schema zu verfahren, daß der zur Aemter ausgehobene Deutsche 730 Tage dient, es wird vielmehr unter Anwendung einer Menge von Modifikationen die Dienstzeit für jede Kategorie zwischen Regierung und Reichstag geregelt werden müssen. Jedenfalls ist das erste Bestreben vorhanden, die Dienstzeit auf das nothwendigste Maß zu beschränken. Die Forderung: zweijährige Dienstzeit jedoch, ist ein bedenkliches „Schlagwort“ geworden, mit dem im Interesse einer unbefangenen Würdigung der Frage unter allen Umständen aufgeräumt werden muß.“

Die preussische Regierung hat wegen der Gefahr der Cholera-Einschleppung die Abhaltung der für Ende September in Breslau geplanten Obst- und Gartenbau-Ausstellung und des Pomologen-Kongresses untersagt.

Berlin, 3. September. Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt sind folgende Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle gemeldet worden: In Hamburg am 2. September: 581 Erkrankungen und 245 Todesfälle; in Neuland (Büneburg): 2 Erkrankungen und 2 Todesfälle. Außerdem an vereinzelten Fällen: Regierungsbezirk Stade: in 5 Orten der Kreise Jork und Rehdingen und in der Stadt Stade 6 Erkrankungen, 2 Todesfälle. Regierungsbezirk Bielefeld: in Stadt Harburg, 6 Orten der Kreise Harburg (Land), Bielefeld und Winsen 5 Erkr., 5 Todesf. Regierungsbezirk Hildesheim: Stadt Klausenthal 1 Todesfall. Regierungsbezirk Magdeburg: in Stadt Allen und einem weiteren Orte des Kreises Halbe 2 Erkrankungen. Regierungsbezirk Osnabrück: Kreis Groß-Strehly 2 Erkrankungen, davon 1 tödtlich verlaufen. Regierungsbezirk Minden: Stadt Bielefeld 1 Erkrankung. Im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin sind vom 25. August bis 1. September mittags in 7 Städten und 5 Landorten im ganzen 30 Erkrankungen (darunter 6 eingeschleppte und 9 nur verdächtige Fälle) mit 11 Todesfällen vorgekommen. In Bremen 1 Todesfall am 29. August.

Wiener Blätter bringen ärztliche Berichte aus Hamburg, denen wir Folgendes entnehmen: Die schmutzigen, völlig ver- wahlroft aussehenden Gänge eines Spitals daselbst machen einen höchst depressirenden Eindruck. Hier liegen nämlich die zu desinfizirenden Kleidungsstücke der Patienten und viele Leichen in vollem Wirrwarr durcheinander. Die Kranken haben durch die Thüren der Krankenzimmer den direkten Anblick auf die sich stets mehrende Zahl der Todten. Um in manche Krankenzimmer zu gelangen, muß man über Leichen und in Bündel zusammengelegte Kleidungsstücke der Erkrankten förmlich stolpern. Natürlich sind diese noch nicht desinfiziert. Die Leichenträger können die Menge Leichen nicht fortzuschaffen, da sich die Gänge immer wieder mit Todten füllen. Eine Antwort auf die Frage, mit wieviel Kranken das Spital belegt sei, war nicht zu bekommen; einmüthig lautet die Antwort: Das weiß Niemand, denn es kommen immer andere Kranke und wieder andere werden schon todt hergebracht; manche sterben gleich nach der Ankunft. Das Nationale der Kranken wird gar nicht ausgenutzt. Die Kranken werden bei der Aufnahme gar nicht untersucht, und so kommt es vor, daß Patienten, die gar nicht cholera-krank sind, in die Cholerazimmer kommen, dort erst infiziert werden und elend zu Grunde gehen. Die Zahl der Sterbefälle ist in diesem Spital infolge dessen bedeutend größer als die im Neuen Krankenhaus. Dort liegen 60 Kranke in einem Raume beisammen, in dem kaum Platz für 30 ist. Nach den Aussagen der Wärter waren die ersten hierhergebrachten Cholera-kranken keine Hamburger, sondern polnisch und russisch aussehende Männer (!) und Frauen, die oft schon nach einer oder zwei Stunden starben. Wer nur halbwegs kann, verläßt die Stadt des Elends und des Jammers. — Dem Berichte eines anderen Arztes entnehmen wir Folgendes: Wenn man bedenkt, daß im Alten Allgemeinen Krankenhaus in Hamburg nach Angabe der Aerzte 600 Choleraerkrankte liegen, und daß die Zahl der in den Häusern an Cholera Erkrankten nicht bekannt ist, da nach der Mittheilung des Polizeipräsidenten Niemand gezwungen werden kann, in ein Spital zu gehen, so muß man annehmen, daß die Epidemie in Hamburg sehr ausgebreitet und nicht, wie es in den Hamburger Blättern heißt, auf einzelne Stadtviertel beschränkt ist, sondern, wie mir die Aerzte des Eppendorfer Spitals selbst sagten, in der ganzen Stadt Hamburg wüthet. Bemerkenswerth ist, daß nach Angabe der Aerzte alle Individuen, die zuerst von der Cholera ergriffen wurden, gestorben sind, während die Sterblichkeit jetzt 50 Prozent beträgt.

In einem längeren Leitartikel tritt die „Nordd. Allg. Zig.“ der Anschauung entgegen, daß Deutschland gar nicht in Bezug auf Roggen auf Rußland angewiesen sei. Rußland, so heißt es in dem Artikel, habe thatsächlich eine Art Monopol für Roggen bis zum vorigen Jahre gehabt, allein die Erfahrungen, die inzwischen nach dem Ausfuhrverbote gemacht worden seien, hätten bewiesen, daß es noch andere Bezugsquellen für Roggen, so aus Amerika, dem Balkangebiete und Kleinasien gebe. Inzwischen erlebe die Welt, nachdem der Roggenpreis noch 50